

DIENSTVERTRAG

zwischen

der Firma Poromedia GmbH, Stuttgart

- nachfolgend: Gesellschaft -

und

Herrn Dr.-Ing. Wilhelm N. Gudernatsch
Rosenbergstrasse 103
70193 Stuttgart

- nachfolgend: Geschäftsführer -

Vorbemerkung:

Herr Dr.-Ing. Gudernatsch wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17. Dezember 2002 mit Wirkung zum 1. Januar 2003 zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Dazu wird folgendes vereinbart:

§ 1 Vertretung

Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft in Gemeinschaft mit den anderen bestellten Geschäftsführer der Gesellschaft.

§ 2 Geschäftsführung

1. Der Geschäftsführer führt die Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, dieses Vertrages, des Gesellschaftsvertrages, einer etwaigen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung in ihrer jeweils gültigen Fassung sowie den Anweisungen der Gesellschafter.
2. Der Geschäftsführer bedarf für alle Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbereich der Gesellschaft hinausgehen, der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung der Gesellschafter. Hierzu zählen insbesondere:
 - a) Veräußerung des Unternehmens im ganzen oder von wesentlichen Teilen;
 - b) Verabschiedung der Gesamtpolitik des Unternehmens einschließlich der Unternehmenspläne (Budget, Umsatz-, Investitions-, Finanz- und Ergebnisrechnungen).
 - c) Aufnahme eines neuen Geschäftszweiges;
 - d) Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften;
 - e) Erteilung und Widerruf von Prokuren und von Handlungs- und Generalvollmachten;
 - f) Bewilligung von Gewinn- und Umsatzbeteiligungen;
 - g) Aufnahme und Kündigung von Darlehen und sonstigen Krediten für die Gesellschaft, soweit sie im Einzelfall € 10.000,-- oder im Geschäftsjahr insgesamt € 20.000,-- übersteigen;

- h) Gewährung von Sicherheiten jeder Art, die Bewilligung von Krediten außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs sowie die Übernahme fremder Verbindlichkeiten;
 - i) Abschluß von Verträgen und Geschäften jeder Art, soweit sie im Einzelfall zu finanziellen Verpflichtungen für die Gesellschaft führen, die € 10.000,-- übersteigen, oder die Gesellschaft ohne Rücksicht auf den Wert für einen Zeitraum von mehr als ein Jahr verpflichten;
 - j) Abschluß von Verträgen und Geschäften jeder Art, die die Übertragung oder Verpfändung von Urheber-, Patent-, Marken- oder ähnlichen Rechten geistigen Eigentums bzw. Know-how der Gesellschaft, oder die Erteilung von Nutzungsrechten daran beinhalten.
3. Die Liste der Handlungen, deren Ausführung der vorherigen Zustimmung der Gesellschafter bedarf, kann jederzeit durch Beschluss der Gesellschafterversammlung erweitert oder eingeschränkt werden.

§ 3 Vertragsdauer

1. Dieser Vertrag beginnt am 01.01.2003 und hat eine Laufzeit von drei Jahren. Er kann von jeder Seite mit einer Frist von 6 Monaten zum Ablauf des 31.12.2005 gekündigt werden. Ein Recht zur ordentlichen Kündigung auf einen früheren Zeitpunkt steht keiner der Vertragsparteien zu. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
2. Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
3. Wird dieser Vertrag nicht form- und fristgerecht gekündigt, verlängert er sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Eine ordentliche Kündigung ist auch insoweit nur in entsprechender Anwendung von § 3 Nr. 1 dieses Vertrages möglich.

4. Der Vertrag endet ohne Kündigung am Ende des Monats, in dem bei dem Geschäftsführer eine Berufsunfähigkeit festgestellt wird.

§ 4 Bezüge

1. Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeit ein festes Jahresgehalt von € 75.000,- zahlbar in monatlichen Teilbeträgen von € 6.250,- jeweils am Monatsende.
2. Evtl. Mehr-, Sonn- und Feiertagsarbeit ist mit diesen Bezügen abgegolten; die Berechtigung zur Nebentätigkeit ist berücksichtigt.

§ 5 Fortzahlung des Gehaltes

1. Bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit des Geschäftsführers, die durch Krankheit oder einen von ihm nicht zu vertretenden Grund eintritt, werden ihm die Bezüge nach § 4 Abs.1 3 Monate, längstens aber bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses weitergezahlt. Der Geschäftsführer muss sich auf diese Zahlungen anrechnen lassen, was er von Kassen oder Versicherungen an Krankengeld, Krankentagegeld oder Rente erhält.
2. Ist ein Dritter für die Arbeitsunfähigkeit des Geschäftsführers ersatzpflichtig, so tritt er hiermit seine Ansprüche gegen diesen Dritten erstrangig an die Gesellschaft bis zur Höhe der fortgezahlten Bezüge ab; die Gesellschaft nimmt die Abtretung hiermit an.
3. Die Gesellschaft übernimmt 50 % des Beitrags für die gesetzliche Angestelltenversicherung oder für eine von der Angestelltenversicherungspflicht befreiende Versicherung, sofern eine Eigenleistung in gleicher Höhe nachgewiesen wird. Die Leistung der Gesellschaft beträgt jedoch höchstens 50 % des jeweiligen Versicherungspflichtbeitrags.

§ 6 Arbeitszeit

Der Geschäftsführer hat seine ganze Arbeitskraft und alle seine fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Er hat die betriebliche Arbeitszeit nach Möglichkeit einzuhalten. § 8 bleibt unberührt. Die betriebliche Arbeitszeit beträgt mindestens 8 Stunden pro Tag und mindestens 40 Stunden pro Kalenderwoche.

§ 7 Urlaub

1. Der Geschäftsführer hat Anspruch auf einen bezahlten Jahresurlaub von 25 Tagen. Der Urlaub ist unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschaft im Einvernehmen mit den anderen Geschäftsführern festzulegen.
2. Kann der Geschäftsführer einen Jahresurlaub ganz oder teilweise nicht nehmen, weil die Interessen der Gesellschaft entgegenstehen, ist der Urlaubsanspruch, jedoch höchstens 10 Tage, auf das nächste Jahr zu übertragen. Der Urlaubsanspruch entfällt, sofern er nicht spätestens am 31.03. des nächsten Jahres geltend gemacht worden ist.
3. Der Geschäftsführer hat dafür zu sorgen, dass er auch im Urlaub kurzfristig erreichbar ist.

§ 8 Nebenbeschäftigung

Der Geschäftsführer ist berechtigt, bis zu 10% seiner Arbeitskraft für Projektentwicklung im Rahmen des Entwicklungsbüro Gudernatsch („EBG“) einzusetzen, jedoch nur sofern sich diese auf die Entwicklung von UV-Technik bzw. Plasma-Technik bezieht. Die Gesellschaft wird die Bezüge für die zugunsten von EBG eingesetzte Arbeitskraft EBG in Rechnung stellen. Auf Verlangen der Gesellschafter-

versammlung hat der Geschäftsführer in nachvollziehbarer Weise Nachweis über den Einsatz seiner Arbeitskraft zu führen.

§ 9 Wettbewerbsverbot

1. Dem Geschäftsführer ist es untersagt, während der Dauer dieses Vertrages in selbständiger, unselbständiger oder sonstiger Weise für ein Unternehmen tätig zu werden, welches mit der Gesellschaft in direktem oder indirektem Wettbewerb steht.
2. Die Tätigkeit des Geschäftsführers im Rahmen des Entwicklungsbüro Guder-natsch (UV-Technik bzw. Plasma-Technik) ist der Gesellschaft bekannt. Diese Tätigkeit ist dem Geschäftsführer erlaubt, sofern und solange sie nicht in direktem oder indirektem Wettbewerb mit der Gesellschaft steht. Die Beurteilung dieser Frage obliegt der Gesellschafterversammlung.

§ 10 Nachvertragliches Wettbewerbsverbot

1. Der Geschäftsführer verpflichtet sich, auf Verlangen der Gesellschaft für die Dauer von 24 Monaten nach Beendigung dieses Vertrages weder ein Anstel-lungsverhältnis zu einem mit der Gesellschaft in Wettbewerb stehenden Un-ternehmen zu begründen noch ein Wettbewerbsunternehmen zu errichten oder sich an einem solchen mittelbar oder unmittelbar zu beteiligen. Die Gesell-schaft hat ihr Verlangen schriftlich und spätestens einen Monat nach Zugang der rechtwirksamen Kündigung zu erklären; andernfalls gilt das nachvertragli-che Wettbewerbsverbot als nicht vereinbart.
2. Die Gesellschaft zahlt dem Geschäftsführer für die Dauer des Wettbewerbs-verbotes eine Entschädigung von 50% der Bezüge nach § 4 Abs 1, die dem Geschäftsführer im Durchschnitt der letzten zwölf Monate vor seinem Aus-scheiden aus den Diensten der Gesellschaft gewährt wurden.

3. Die Karenzentschädigung wird fällig am Schluss eines jeden Monats.
4. Auf die Karenzentschädigung wird alles angerechnet, was der Geschäftsführer durch anderweitige Verwertung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt, sofern diese Beträge und die Entschädigung zusammen gerechnet die bisherigen Bezüge nach § 4 Abs.1 übersteigen.
5. Der Geschäftsführer verpflichtet sich, während der Dauer des Wettbewerbsverbotes auf Verlangen Auskunft über die Höhe seiner Bezüge zu geben und die Anschrift seines jeweiligen Arbeitgebers mitzuteilen. Am Schluss eines Kalenderjahres ist er verpflichtet, seine etwaige Lohnsteuerkarte vorzulegen.
6. Für jeden Fall des Verstoßes gegen das Wettbewerbsverbot zahlt der Geschäftsführer der Gesellschaft eine Vertragsstrafe in Höhe des letzten Monatsgehaltes vor seinem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft. Bei einem andauernden Wettbewerbsverstoß gilt die Tätigkeit während eines Monats als jeweils ein selbständiger Verstoß iSd Satzes 1. Weitergehende Rechte oder Ansprüche der Gesellschaft bleiben hiervon unberührt.

§ 11 Geheimhaltung

1. Der Geschäftsführer verpflichtet sich, über alle ihm während seiner Tätigkeit zur Kenntnis gelangten geschäftlichen Angelegenheiten der Gesellschaft oder deren Geschäftspartner, insbesondere über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Entwicklungsarbeiten, Konstruktionen, Planungen und Kundenbeziehungen Stillschweigen zu bewahren und diese Informationen weder für sich noch für Dritte zu verwenden. Solche Informationen dürfen unbefugten Personen außerhalb und innerhalb des Unternehmens nicht zugänglich gemacht werden. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses. Für jeden Fall des Verstoßes gegen die Verpflichtung zur Geheimhaltung zahlt der Geschäftsführer der Gesellschaft eine Vertragsstrafe in Höhe von € 100.000,-- pro Verletzung und von € 10.000,-- pro Tag, den die Verletzung andauert.

Weitergehende Rechte oder Ansprüche der Gesellschaft bleiben hiervon unberührt.

§ 12 Dienstleistungen

Alle Erfindungen, die sich unmittelbar oder mittelbar aus den Aufgaben des Geschäftsführers in der Gesellschaft ergeben oder die mit dieser Tätigkeit zusammenhängen, stehen unentgeltlich und ausschließlich der Gesellschaft zu.

§ 13 Schlussbestimmungen

1. Vertragsänderungen (einschließlich dieser Klausel) bedürfen der Schriftform sowie der ausdrücklichen Einwilligung der Gesellschafterversammlung.
2. Ausschließlicher Gerichtsstand ist Stuttgart.
3. Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich deutschem Recht.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß der Leistung oder Zeit beruht; es tritt in solchem Fall ein dem Gewollten möglichst nahekommendes rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit anstelle des Vereinbarten.

Stuttgart, den 17. Dezember, 2002


W. Gudernatsch


M. Kamleiter


NORIT N.V.